

Die Bewertungen des französischen Neins zum Europäischen Verfassungsvertrag in den Beiträgen unseres Dossiers, das die Reden bei einem Kolloquium in Erinnerung an Joseph Rovon versammelt, bewegen sich im Spektrum von „außerordentliche Katastrophe“ (Fritjof von Nordenskjöld) bis zu „Es geht weiter auf dem Weg nach Europa“ (Helmuth Kohl). Beide Urteile haben ihre Berechtigung. Denn einerseits gilt: Was am Vertrag von Nizza, der ohne ratifizierten Verfassungsvertrag in Kraft bleibt, für das Funktionieren der EU zu 25 unzureichend war, bleibt ja weiterhin unzureichend. Andererseits ist die europäische Integration schon so weit vorangeschritten und die existenzielle Notwendigkeit eines geeinten Europa so offensichtlich, dass man Kohls Zuversicht durchaus teilen kann. Worauf es nun vor allem ankommt, ist die Erfindung einer Politik, die die Bürger wieder für Europa gewinnt. Dazu sind zunächst die nationalen Regierungen in die Pflicht zu nehmen. Es besteht gar kein Zweifel, dass die Franzosen sich weniger Sorgen um soziale Sicherheit und Arbeitsplätze – das Hauptmotiv für die Nein-Sager beim Referendum (Angelica Schwall-Düren) – gemacht hätten, wenn sie einen Wirtschaftsaufschwung erlebt hätten, der höhere Einkommen, Jobs und die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme ermöglicht hätte. Ein solcher Aufschwung setzt jedoch in Frankreich wie in Deutschland die Durchsetzung mutiger wirtschaftlich-sozialer Reformen voraus, deren Notwendigkeit von den Regierungen beider

Länder längst offiziell anerkannt ist. Der Wunsch vieler Franzosen, Europa möge die sozialen Standards speziell ihres Wohlfahrtsstaates wirksam schützen, ist hingegen unrealistisch. Dafür gibt es zu viele verschiedene Sozialstaatsmodelle in Europa (Fraser Cameron).

Zu den weiteren Beweggründen der Neinsager gehörte die Beunruhigung insbesondere über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei (Sylvie Goulard). Die Gestaltung einer europäischen Politik, die den Bürgern diese Sorgen nimmt, ist demnach vordringlich. Aber welche europäische Führungsmacht vermöchte die 25 für eine gemeinsame Antwort auf die Herausforderungen zu gewinnen? In der Vergangenheit ist eine solche Führungsrolle von Deutschland und Frankreich wahrgenommen worden. Dass sie auch in Zukunft von diesem Duo wahrgenommen werden muss, im Einzelfall ergänzt um die Briten (Fraser Cameron) und die Polen (Adam Krzeminski), darin waren sich alle Beteiligten dieses Kolloquiums einig, ebenso wie darin, dass beide Länder Stil und Methode ihrer Politik ändern müssen, um wieder jenes Ansehen und jenen Modellcharakter zurückzugewinnen, die ihre früheren Kompromisslösungen auch für die anderen Partner akzeptabel machten. Das Spektrum der Kritik reichte vom Verlust des Modellcharakters der wirtschaftlich-sozialen Strukturen und Systeme über den Bruch des Stabilitätspaktes, das kompromisslose Festhalten an der derzeitigen Gemeinsamen Agrarpolitik und die Unbestimmtheit der Grenzen der EU, bis hin zur mangelnden Sensibilität gegenüber den kleineren Ländern und den Belangen der mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten. Damit ist klar, welche Hausaufgaben von beiden Ländern jetzt zu erledigen sind, wenn die von Joseph Rovon beschworene Motorrolle Deutschlands und Frankreichs für Europa wieder ihre alte Antriebskraft entfalten soll.

JOHANNES THOMAS